



„Es kann nicht sein, dass Milch oder Fleisch ständig günstiger werden“, sagt Präsident Josef Moosbrugger

MARKUS TRAUSSNIG;
APA

erbereich. Es ist ja ein Paket in Entstehung. Die Bauern müssen im selben Ausmaß wie andere Berufsgruppen entlastet werden. Es muss aber auch der Wert der Lebensmittel weiterentwickelt werden. Wir haben die gleichen Preise wie vor 20 Jahren – das hält kein Berufsstand aus, das fordert die Landwirtschaft ganz enorm. Das ist kein Zukunftsmodell.

Sie plädieren für steigende Preise für Konsumenten?

Das wird notwendig sein. Das was jetzt passiert, ist ein Raubbau in verschiedenen Regionen Europas an der Natur. Es kann nicht sein, dass Lebensmittel wie Milch oder Fleisch ständig günstiger werden. Wir müssen den Wert der Lebensmittel erkennen, sonst werden Lebensmittel nur mehr dort produziert, wo wir es nicht wollen.

Also nicht regional vor Ort.

Nein. Und das ist auch eine Sicherheitsfrage. Man kann nicht immer davon ausgehen, dass das Regal von vornherein voll ist, vor allem wenn man an Dürren und andere Wetterkapriolen denkt. Die beste Sicherheit ist gegeben, wenn ich die Produktion in der Region habe.

Was wäre der angemessene Preis für einen Liter Milch? 30, 35 Cent sind zu wenig, oder?

Das hängt von der Region und den Produktionskosten ab. In Extremlagen muss sich der Preis um 25 Prozent nach oben entwickeln, damit ich von einer wirtschaftlichen Grundlage reden kann.

Vorstellungen zum Tierwohl in Österreich zu haben, um dann am nächsten Tag das gleiche Produkt Fleisch zu einem niedrigeren Standard und billigen Preis zu importieren. Das ist klassische Wettbewerbsverzerrung im Regal. Da vernichten wir Möglichkeiten und schädigen die österreichische Landwirtschaft.

Die Fleischimporte sollen österreichischen Standards entsprechen müssen?

Wir müssen die Wettbewerbsverzerrung am Markt beenden. So wie es derzeit funktioniert, ist das nicht zukunftsfähig. Wir importieren Billigstprodukte wie das ukrainische Geflügelfleisch, haben aber andere Vorstellungen, wie in Österreich Geflügel gehalten werden muss. Das hält niemand aus.

Wie sehr besorgt Sie das Klima?

Schon im April wurde in manchen Regionen Dürrealarm gegeben.

Mich besorgt die Klimaveränderung ordentlich, ohne es zu überdramatisieren. Je schneller wir handeln, umso günstiger wird es für uns. Wir brauchen auch hier mehr Kostenwahrheit am Markt: Produkte werden durch die Gegend gekarrt, ohne dass eine Kostenwahrheit vorhanden ist.

Die Bodenversiegelung wird zunehmend zur Belastung für die Landwirtschaft.

Wir versiegeln zu viel Fläche, da kommt zu viel Wasser auf kurze Zeit zusammen. Wir sind zu rasant im Bodenverbrauch unterwegs.

Was muss geschehen, um die soziale Lage der Bauern zu verbessern?

Wir brauchen Entlastungen im Sozialversicherungs- und Steu-

nannte Engine-Events, die nur alle paar Jahre passieren. Betroffen sind sämtliche Airbus A320, die die AUA 2017 von der Air Berlin gekauft hatte. Auch der Kampf der Billigairlines und der damit einhergehende Ticketpreisverfall schlagen sich in einem Umsatzrückgang von vier Prozent auf 382 Millionen Euro

nieder. Dabei flog die Airline um 182.000 Passagiere mehr, ein Plus von sieben Prozent auf 2,7 Millionen. 2019 werde für die AUA jedenfalls „extrem schwierig, ein Jahr des Umbruchs“, erklärt Finanzvorstand Wolfgang Jani in Montreal. Die kanadische Metropole ist in dieser Woche neu ins Streckennetz aufgenommen worden. Die Nordamerika-

Strecken laufen bei der AUA seit einigen Jahren besonders gut. Für eine weitere Kapazitätsausweitung flog Hongkong aus dem Flugplan. Der Schritt dürfte sich schnell rechnen. Denn, wie Jani sagt, hat der Markt das 25-prozentige Kapazitätsplus sofort angenommen. **Claudia Haase**

LUXEMBURG

EU-Richter geben grünes Licht für Ceta

Schiedsgerichte sind mit EU-Gesetzen vereinbar.

Einer der zentralen Kritikpunkte am Freihandelsabkommen Ceta zwischen der EU und Kanada war der Schiedsgerichtshof für Investoren. Kritiker sahen und sehen darin ein Sondergericht für multinationale Konzerne. Im Zuge der Ratifizierung des Abkommens hatte Belgien daher den Europäischen Gerichtshof ersucht, zu klären, ob diese Schiedsgerichte mit den EU-Gesetzen vereinbar seien. Bereits im Jänner hatte der EU-Generalanwalt diesbezüglich eine positive Stellungnahme abgegeben. Und auch die Richter in Luxemburg sehen kein Problem mit dem Investorengerichtshof. Dieser könne nur über Inhalte des Vertrags entscheiden und habe keinen Einfluss auf andere Vorschriften des EU-Rechts. Nun kann auch Österreich den Vertrag ratifizieren. Der Beschluss dafür im Parlament war ja bereits im Juni des Vorjahres mit den Stimmen der Regierungsparteien gefällt worden. Bundespräsident Alexander Van der Bellen wartete auf das heutige Urteil und wird den Vertrag nun unterzeichnen.

